



Polen nach der Wahl:

Kann Donald Tusk die Spaltung der Gesellschaft überwinden und das Land zum europäischen Rechtsstaat zurückführen?

Tim Guldemann

Oktober 2023

Zusammenfassung

Mit der polnischen Soziologin Dr. Karolina Wigura und dem früheren polnischen Botschafter in Deutschland Janusz Reiter diskutiert Tim Guldemann über die Regierungsbildung in Polen nach der Parlamentswahl am 15. Oktober 2023.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Donald Tusks Wahlsieg war eine Überraschung. Die Wahlbeteiligung, so Karolina Wigura, war mit fast 75% viel höher als bei den ersten freien Wahlen nach dem Ende des Kommunismus. Dazu haben sich zum ersten Mal die jüngsten Wähler und Wählerinnen, die „schon als Mitglieder der Europäischen Union geboren wurden und eine ganz andere Haltung zum vereinigten Europa haben“, stärker beteiligt als die älteste Generation. Vor allem für die Opposition, so Janusz Reiter, war dies „eine Schicksalswahl. (...) Viele haben verstanden, dass es in dieser Wahl auch um sie geht“. Dabei sei die Abtreibung für die junge Generation und die Frauen eine Frage gewesen sei, „in der sie die Politik hautnah“ erleben. Tusk, so Wigura, sei es letztendlich gelungen, „die Vision zu schaffen, dass es möglich ist, in einem besseren Polen zu leben“.

Die Machtübergabe werde sich aber, so Wigura, höchstwahrscheinlich in die Länge ziehen. Trotzdem, so Reiter, sei, „das Schlimmste, was manche befürchteten, nicht geschehen, dass es nämlich in Polen eine Entwicklung geben könnte wie in Amerika, wie ein Sturm auf das Parlament (...) Das ganze Spiel findet jetzt hinter geschlossenen Türen statt“. Dabei werde es Versuche der Wahlverlierer geben, „doch eine Mehrheit zu schaffen“, die PiS bleibe ja stärkste Partei. „Der Versuch wird fehlschlagen. (...) Das Ganze wird aber die Freude über den Wahlsieg verderben, und es ist ein falsches, schlechtes Signal (...) Das wird das Misstrauen vieler Menschen in die Politik verstärken“. Präsident Duda, so Reiter weiter, werde es „der neuen Regierung schwer machen. (...) Wie es heute aussieht, wird er eher eine harte Linie fahren (...) Polen regieren wird keine einfache Sache in einem polarisierten, geteilten Land wie in Amerika“. Obama und Biden hätten versprochen, „das Land zu einigen, aber das Land ist heute nicht geeinigt“.

Ist ein Rückbau zum Rechtsstaat möglich? „Es geht nicht um die Rückkehr zum Polen von 2015“, so Wigura, „sondern es geht darum, alles so zu gestalten, dass wir nicht wieder eine Rückkehr zum Populismus haben.“ Auch für Reiter gehe es „nicht um die Rückkehr zu einem vermeintlichen Goldenen Zeitalter. Es geht um etwas Neues.“ Es gehe auch darum, dass „die Wähler der PiS sich nicht so fühlen, als wären jetzt die Racheengel gekommen“. „Polen bedeutet Spaltung“, so Wigura, „Spaltung und Polarisierung ist unsere Geschichte. (...) Der Populismus funktioniert nur mit Polarisierung, die er verstärkt. Aber damit könnten wir aufhören, das könnte verschwinden. Ob Tusk dazu fähig ist, ich habe meine Zweifel. Auch er hat immer mit dieser Polarisierung gespielt. Ob er sich verändern kann, um die Wähler der PiS zu diesem neuen Polen einzuladen, ich bezweifle das. Das ist die größte Aufgabe nebst der Reparatur der Institutionen, um einen Wandel zu erzielen. Sonst werden wir in vier Jahren, vielleicht schon früher wieder einen Wechsel haben“.

Janusz Reiter ist „zuversichtlich, dass es der neuen Regierung gelingt, die uns zustehenden Mittel aus dem EU-Wiederaufbaufonds zu erhalten“, weil Brüssel wisse, „dass diese neue Regierung es ernst meint mit der Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit“. Polen könne sich jetzt wieder in die europäische Politik einbringen. Dafür erwartet Wigura aber von Deutschland, aus der „osteuropäischen und mitteleuropäischen Geschichte zu lernen und die Stereotypen zu überwinden gegenüber Osteuropäern und gegenüber Polen“. Reiter ergänzt dazu: „Wenn ich einen Traum haben könnte, (...) dann, dass der Begriff Osteuropa aus unserer Diskussion verschwindet“, oder dass er „ersetzt würde durch Mitteleuropa oder Ost-Mitteleuropa, das wäre auch schon hilfreich, (...) weil die Benützung des Begriffes Osteuropa ein bisschen auch die Weigerung ausdrückt, zu differenzieren und die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Länder und ihrer Probleme im ganzen Raum östlich von Deutschland zu verstehen“.



Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung der Gesprächspartner wieder und erschien erstmalig im Newsletter *DEBATTE ZU DRITT*.

Der Podcast ist zu hören über **Spotify**: [Polen nach der Wahl: Kann Donald Tusk die Spaltung der Gesellschaft überwinden und das Land zum europäischen Rechtsstaat zurückführen? - mit Karolina Wigura und Janusz Reiter - Tim Guldemann - Debatte zu Dritt | Podcast on Spotify](#) oder **Apple Podcasts**: [Tim Guldemann - Debatte zu Dritt: Polen nach der Wahl: Kann Donald Tusk die Spaltung der Gesellschaft überwinden und das Land zum europäischen Rechtsstaat zurückführen? - mit Karolina Wigura und Janusz Reiter on Apple Podcasts](#) oder über die Website www.timguldemann.ch abrufbar.

Über den Autor dieses Beitrags

Tim Guldemann, geb. 1950 in Zürich, Studien und Forschungsaufenthalte in Zürich, Lateinamerika, Stockholm und am Max-Planck-Institut in Starnberg, 1979 Promotion, 1979-82 Forschungstätigkeit in der und über die Sowjetunion. 1982 Eintritt in den diplomatischen Dienst. 1996 Honorarprofessur an der Uni Bern, 1996-1999 Leiter OSZE-Missionen in Tschetschenien und Kroatien, 1999-2004 Botschafter in Teheran, 2004-2008 Lehrtätigkeit an der Uni Frankfurt, 2007/08 Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs im Kosovo, 2010-15 Botschafter in Berlin, 2015-18 schweizerischer Parlamentsabgeordneter. Seit 2018 Präsident des Museumsrates des Schweizerischen Nationalmuseums.

Tim Guldemann ist verheiratet mit Christiane Hoffmann, zwei Töchter, lebt in Berlin. Bücher über Lateinamerika, Wohlfahrtsstaat, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Sowjetunion und „Aufbruch Schweiz“.



Tim Guldemann